

MITTEILUNG

Die 80. Sitzung des Finanzausschusses (4. Ausschuss) findet am Donnerstag, den 27. Februar 2025, 15:30 Uhr, in Schwerin, Schloss, Demmler-Saal (Raum 349.2) statt.

EINZIGER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Durchführung einer öffentlichen Anhörung zu dem
Gesetzentwurf der Landesregierung

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025
- Drucksache 8/4498 -

in Verbindung mit dem

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushalt für
das Haushaltsjahr 2025 (Nachtragshaushaltsgesetz 2025)**

- Drucksache 8/4499 -

in Verbindung mit dem

ZAHLENWERK zum Nachtrag zum Haushaltsplan 2025

- Drucksache 8/4500 -

Tilo Gundlack
Vorsitzender

Sachverständigenkatalog

1. Landkreistag Mecklenburg-Vorpommern
2. Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern e. V.
3. DGB Bezirk Nord
4. LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern e. V.
5. Industrie- und Handelskammer zu Schwerin
6. dbb beamtenbund und Tarifunion, Landesbund Mecklenburg-Vorpommern
7. Max-Planck-Institut für demographische Forschung, Arbeitsbereich Migration sowie Bevölkerungsdynamik und Nachhaltiges Wohlbefinden
8. Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e. V.
9. Landkreis Vorpommern-Greifswald, Herrn Dietger Wille
10. Hanse- und Universitätsstadt Rostock, Herrn Steffen Bockhahn

Fragenkatalog

- 1) Wie beurteilen Sie den Nachtragshaushalt mit Blick auf die finanziellen Herausforderungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern?
- 2) Wie bewerten Sie den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetz 2025 insgesamt?
- 3) Wie bewerten Sie den Entwurf des Haushaltsbegleitgesetzes zum Nachtragshaushaltsgesetz 2025 insgesamt?
- 4) Welche weiteren Handlungsbedarfe sind aus Ihrer Sicht notwendig?
- 5) Welche Gründe sehen Sie für den durch den Zensus festgestellten Bevölkerungsrückgang in Mecklenburg-Vorpommern?
- 6) Welche Maßnahmen wären aus Ihrer Sicht notwendig um die Abwanderung, insbesondere von Ausländern und jungen Menschen, aus dem Bundesland zu stoppen?
- 7) Welche Möglichkeiten sehen Sie zur verbesserten Integration von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern?
- 8) Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Mecklenburg-Vorpommern als Zielland von Binnenmigration innerhalb Deutschlands attraktiver zu machen?
- 9) Wie beurteilen Sie die Ausgestaltung des Instrumentes der Globalen Minderausgaben?
- 10) Wie ließe sich nach Ihrer Auffassung mehr Transparenz bei den Globalen Minderausgaben herstellen?
- 11) Wie bewerten Sie den Rückgriff in das Sondervermögen „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“?
- 12) Wie bewerten Sie die Änderungen am Gesetz zur Errichtung des Sondervermögens „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“,
 - a) im Hinblick auf den zusätzlichen Verwendungszweck?
 - b) im Hinblick auf die Streichung des Mindestbestandes in Höhe von 200 Millionen Euro und die Möglichkeit auch in einer konjunkturellen Normallage (nach § 18 Absatz 2 LHO) darauf zugreifen zu können?
- 13) Wie wird sichergestellt, dass ein so massiver Eingriff in die Gesetze Mecklenburg-Vorpommerns, wie eine Zweckerweiterung der „Konjunkturausgleichsrücklage des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ von der Bevölkerung mitgetragen wird und gibt es einen konkreten Plan dafür, wie und wann diese immensen Summen zurückgeführt werden sollen?
- 14) Wie bewerten Sie die Aussetzung der Tilgung der „Corona-Kredite“?

- 15) Wie bewerten Sie die dafür notwendige Änderung des Kredittilgungsplangesetzes 2020, auch vor dem Hintergrund, dass die Landeshaushaltsordnung in § 18 Abs. 8 vorgibt, dass zeitgleich zur Kreditaufnahme ein Tilgungsplan verbindlich festzulegen ist?
- 16) Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Investitionsquote?
- 17) Wie lässt sich die staatliche Investitionsquote in einen Zusammenhang zur privaten Investitionsquote stellen?
- 18) Wie und woher sollen die schon jetzt zusätzlichen 30 Millionen Euro im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes und die noch zukünftig zu erwartenden Millionen Euro für weitere Flüchtlingsaufnahmen finanziert werden?
- 19) Was plant die Landesregierung konkret, um den Mehrbedarf von 118,1 Millionen Euro für Sozial- und Eingliederungshilfe aufzuhalten bzw. vollumfänglich zu stoppen?
- 20) Welche konkreten Maßnahmen sind seitens der Landesregierung geplant, um die seit Jahren überproportional ansteigenden Ausgaben für gesetzliche soziale Leistungen nachhaltig zu reduzieren?
- 21) Wie ist die Situation der Einnahmen des Landes aus Steuern und Bundesergänzungszuweisungen vor dem Hintergrund der Steuerschätzung im Oktober 2024 sowie der aktuellen Konjunkturprognose der Bundesregierung insgesamt zu bewerten?
- 22) Welche finanzpolitische Strategie des Landes wäre in der aktuellen haushaltspolitischen Situation ratsam?
- 23) Worin bestehen die mittel- bis langfristigen Herausforderungen hinsichtlich der Einnahmen des Landes aus Steuern und Bundesergänzungszuweisungen?
 - a) Welche Auswirkungen sind beispielsweise durch die demographische Entwicklung zu erwarten?
- 24) Wie sollte das Land auf die mittel- bis langfristigen Herausforderungen reagieren?
- 25) Welche Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach zu treffen, um in Zukunft eine positive Steuereinnahmentwicklung der Kommunen und des Landes zu fördern?
- 26) Inwieweit berücksichtigt das Land Ihrer Meinung nach die Steuereinnahmesituation der Gemeinden bei der zukünftigen Finanzstärke der Gemeinden?
 - a) Sollten aus Ihrer Sicht vom Land verursachte Mindereinnahmen kompensiert werden?

- 27) Wie schätzen Sie die finanzielle Lage der Städte, Gemeinden und Kreise im Jahr 2025 ein?
- 28) Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die finanzielle Situation der Grundzentren und der kleineren Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern da?
- 29) Wie bewerten Sie die Folgen des Nachtragshaushalts 2025 für die Kommunen?
- 30) Welche Folgen haben die absehbaren Veränderungen der kommunalen Finanzausstattung erstens für die Haushaltsplanung der Kommunen insgesamt und zweitens für die Investitionsplanung sowie drittens für die Finanzierung freiwilliger Leistungen?
- 31) Wie bewerten Sie die Folgen des Nachtragshaushalts 2025 und der absehbaren Veränderungen der kommunalen Finanzausstattung für die Kommunen vor dem Hintergrund der Ziele der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern von 2019?
- 32) Wie müsste das Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern aus Ihrer Sicht fortentwickelt werden?
- 33) Wie hoch schätzen Sie die noch bestehende Infrastrukturlücke auf Ebene der Städte, Gemeinden und Kreise jeweils ein?
- 34) Welche finanziellen Bedarfe sehen Sie, um die Investitionstätigkeit der Kommunen auf dem bisherigen Niveau zu halten beziehungsweise für eine Schließung der Infrastrukturlücke zu steigern?
- 35) Wie haben sich Ihrer Einschätzung nach die Kosten für Investitionsmaßnahmen der Kommunen in den letzten fünf Jahren entwickelt?
- 36) Gibt es Ihrer Kenntnis nach Gründe für die hohen Baukostensteigerungen neben dem Preisanstieg bei Baumaterialien und Personal?
- 37) Wie sollte aus Ihrer Sicht das Instrument der Infrastrukturpauschale weiterentwickelt werden?
- 38) Mit welchen Herausforderungen sehen sich die kommunalen Schulträger bei Planung und Umsetzung von Schulbauten derzeit konfrontiert und welche konkreten Probleme gibt es aktuell bei der Sanierung beziehungsweise dem Neubau von Schulen?
- 39) Mit Mitteln in welcher Größenordnung müsste das Land über die bestehenden Schulbauprogramme des Landes und Bundesfinanzhilfen hinaus die Schulträger in den Jahren 2026 bis 2030 jeweils über ein zweckgebundenes Förderprogramm unterstützen, damit der Neubau- und Sanierungsbedarf für Schulbauten in Mecklenburg- Vorpommern planmäßig bis 2030 vollständig realisiert werden kann?
- 40) Wie bewerten Sie aktuell die Finanzierung des übertragenen Wirkungskreises?

- 41) Wie bewerten Sie die Finanzierung der Kosten der Kindertagesförderung und weiteren sozialer Leistungen?
- 42) Wie bewerten Sie die von Städte- und Gemeindetag und Landkreistag im Nachgang zum Kommunalgespräch am 22.11.2024 vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung der Steuerungs- und Kontrollrechte im KiföG M-V?
 - a) Welche finanziellen Effekte könnten mit den einzelnen Maßnahmen beziehungsweise dem gesamten Maßnahmenpaket Ihrer Einschätzung nach erreicht werden?
- 43) Wie bewerten Sie die im Nachtragshaushaltsgesetz 2025 auf Drucksache 8/4499 unter „2. Maßnahmen zur stärkeren Steuerung der Sozialausgaben“ aufgeführten geplanten Prüfvorhaben?
 - a) Welche finanziellen Effekte könnten mit den einzelnen Maßnahmen Ihrer Einschätzung nach erreicht werden?
- 44) Welche weiteren beziehungsweise darüberhinausgehenden Änderungen bei der gesetzlichen Regelung von Sozialleistungen beziehungsweise bei der Steuerung und Kontrolle von Sozialausgaben wären Ihrer Einschätzung nach möglich beziehungsweise erforderlich?
 - a) Welche finanziellen Effekte könnten Ihrer Einschätzung nach damit erreicht werden?
- 45) Welche organisatorischen Voraussetzungen sind aus Ihrer Sicht auf Seiten der Landesregierung zu treffen, damit die Verwaltungsdigitalisierung insgesamt in Mecklenburg-Vorpommern effizienter umgesetzt werden kann?
- 46) Wie sind aus Ihrer Sicht die bisherigen Bemühungen des Landes bei der Digitalisierung der Landesverwaltung zu bewerten?
- 47) Welche Defizite bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen in Mecklenburg-Vorpommern sind besonders hervorzuheben?
- 48) Welche organisatorischen, rechtlichen und sonstigen Änderungen – einschließlich einer etwaigen Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene – wären erforderlich, um die Digitalisierung der kommunalen Verwaltungen zu beschleunigen?
- 49) Wie beurteilen Sie die derzeitige und mittelfristig zu erwartende Leistungsfähigkeit und Effizienz der Landesverwaltung?
- 50) Welche organisatorischen, rechtlichen und sonstigen Änderungen wären geeignet, die Leistungsfähigkeit und Effizienz der öffentlichen Verwaltungen im Land zu steigern?
- 51) Wie bewerten Sie mit Blick auf die demographische Entwicklung die Personalentwicklung in den Verwaltungen des Landes und der Kommunen?

- 52) Wie bewerten Sie die aus der Mittelfristigen Finanzplanung zu entnehmende Personalentwicklung in den Behörden des Landes mit Blick auf die Prognosen für den Arbeitsmarkt und für das Fachkräfteangebot?